

Uiguren

Zwangsarbeit in China



Gefangene Uiguren in einem chinesischen Umerziehungslager



Kampf für die Rechte der Uiguren

Soldaten bewachen die Umerziehungslager



Inhalt

1. Außenminister weist Vorwurf des «Völkermords» in Xinjiang zurück
2. Chinesische Regierung kritisiert die USA für "Einmischung"
3. Ankara in der Klemme
4. Gefängnis, Zwangsarbeit und Unterdrückung in Xinjiang
5. Unabhängiger Bericht spricht von chinesischem Genozid an Uiguren
6. China begeht Völkermord im eigenen Land
7. Das irritierende deutsche Schweigen zu Chinas Unterdrückung der Uiguren
8. Kamera-Software in China soll Uiguren erkennen
9. Verbrechen ohne Echo
10. Die USA werfen China einen Genozid an den Uiguren vor – zu Recht?
11. Eigene Positionierung
12. Quellen

7. März 2021, Internetquelle

Aussenminister weist Vorwurf des «Völkermords» in Xinjiang zurück

Chinas Aussenminister Wang Yi hat den **Vorwurf des «Völkermords»** unter der muslimischen Minderheit der Uiguren in Nordwestchina entschieden zurückgewiesen. «Die Behauptung, dass es Völkermord in Xinjiang gibt, könnte nicht abwegiger sein», sagte der Aussenminister am Sonntag auf einer Pressekonferenz aus Anlass der Jahrestagung des chinesischen Volkskongresses in Peking. Er sprach von «Gerüchten» und «Lügen», mit denen westliche Politiker darauf abzielten, die Sicherheit und Stabilität in der autonomen Region zu untergraben und **Chinas Entwicklung zu behindern.**



Die Flagge von China. - AFP

Das Wichtigste in Kürze

- Menschenrechtsgruppen schätzen, dass Hunderttausende Uiguren, Kasachen, Hui oder andere Mitglieder muslimischer Minoritäten in Xinjiang in Umerziehungslager gesteckt worden sind.

China spricht hingegen von **Fortbildungszentren**. Uiguren sind ethnisch mit den Türken verwandt und fühlen sich in Xinjiang von den herrschenden Han-Chinesen unterdrückt. Nach ihrer Machtübernahme 1949 in Peking hatten die Kommunisten das frühere Ostturkestan der Volksrepublik einverleibt. Peking wirft uigurischen Gruppen Terrorismus vor.

Der neue US-Aussenminister Antony Blinken hatte Ende Januar seine persönliche Ansicht geäußert, dass an den Uiguren ein **«Genozid»** begangen werde. Die neue US-Regierung hat allerdings noch keine offizielle Position in der Frage bezogen, die dann auch juristische Folgen hätte. Blinkens Amtsvorgänger Mike Pompeo hatte einen Tag vor seinem Ausscheiden aus dem Amt den Vorwurf erhoben, dass Peking in Xinjiang **«Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit»** begehe.

Politiker aus den westlichen Ländern, haben China Völkermord vorgeworfen. Der US- Außenminister sprach sogar von Genozid. Chinas Außenminister hat dies dementiert und von Gerüchten, sowie Lügen gesprochen, um Chinas Entwicklung zu behindern. Die angeblichen Umerziehungslager seien nur Fortbildungszentren.

7. März 2021, Internetquelle

Chinesische Regierung kritisiert die USA für "Einmischung"

Chinas Außenminister hat die USA aufgefordert, sich aus den inneren Angelegenheiten seines Landes herauszuhalten. Kontakte zu Taiwan solle die US-Regierung einstellen.



Bildschirme übertragen eine Pressekonferenz des chinesischen Außenministers Wang Yi. © Thomas Peter/Reuters

Für einen Neuanfang der Beziehungen hat Chinas Außenminister Wang Yi die USA aufgefordert, sich nicht in **innere Angelegenheiten** einzumischen. Washington müsse seine offiziellen Kontakte zu Taiwan einstellen. Das Ein-China-Prinzip sei eine "rote Linie, die nicht überschritten werden sollte", sagte Wang Yi während der Jahrestagung des Volkskongresses vor der Presse in Peking. China habe allgemein mit "Hegemonie, Überheblichkeit und Schikane" sowie "**unverblümter Einmischung**" zu kämpfen.

Die USA mischten sich "unter dem **Vorwand der Demokratie und Menschenrechte** absichtlich in innere Angelegenheiten anderer Länder ein". Die USA und China müssten mit ihren Differenzen vorsichtig umgehen. Ihre Beziehungen sollten als "gesunder Wettbewerb" gestaltet werden, nicht "mit Schuldzuweisungen".

China sei offen, eine neue Kooperation zu erkunden, sagte Wang Yi. Washington müsse aber "unvernünftige Beschränkungen" beseitigen.

Die Beziehungen zwischen den beiden größten Volkswirtschaften hatten sich unter US-Präsident Donald Trump weiter verschlechtert. Beide Seiten haben im Handelskonflikt Sonderzölle eingeführt. Der neue Präsident Joe Biden hat angedeutet, ebenfalls einen harten Kurs gegenüber China verfolgen zu wollen, allerdings weniger im Alleingang wie sein Vorgänger, sondern eher in Zusammenarbeit mit Verbündeten in Europa oder in Asien.

Wang Yi wies den Eindruck zurück, dass die chinesische Regierung versuche, die Europäische Union und die USA zu spalten. China und die EU hätten gemeinsame Interessen, hob der Außenminister hervor. Die Beziehungen hätten "Widerstandsfähigkeit und Lebendigkeit" gezeigt.

China bestreitet Völkermord an den Uiguren

China bestreiten die Vorwürfe des Völkermordes. Der Außenminister verweist auf andere Konflikte mit der USA und stellt die Vorwürfe nur als weiteres Mittel zur Schwächung Chinas dar. Die USA soll sich nur unter einem Vorwand in die Innenpolitik einmischen. China verweist ebenfalls auf neue Kooperationen, wenn die Vorwürfe enden sollten.

8. März 2021, Internetquelle

Ankara in der Klemme

Mindestens 50.000 Uiguren leben heute in der Türkei – oft, um der Verfolgung in China zu entgehen. Weil sie als Turkvolk ethnisch mit den Türken verwandt sind, waren sie in der Türkei bisher willkommen. Durch den Aufstieg Chinas als Wirtschafts- und Weltmacht droht sich das zu ändern.

Von Susanne Güsten und Ruth Kirchner



„Wo sind die Menschenrechte“, skandieren hunderte Männer und Frauen auf der Uferpromenade vor dem chinesischen Konsulat in Istanbul. Viele halten Plakate mit Fotos von Angehörigen hoch, die in der nordwestchinesischen Provinz Xinjiang vermisst werden: Sie sind Uiguren – Angehörige einer muslimischen Minderheit, die in China einer drakonischen Assimilationspolitik ausgesetzt ist. Mindestens 50.000 Uiguren leben in der Türkei, es ist die **größte uigurische Diaspora** der Welt.

„China, lass meine Eltern frei“, steht unter dem Bild eines älteren Ehepaares, das die 35-jährige Semsyi hochhält. Ihre Eltern seien in China beide Beamte gewesen, berichtet sie mit Tränen in den Augen. Weil sie in die Türkei gereist waren, um ihre Tochter zu besuchen, seien sie zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

„Nur, weil sie mich hier besucht haben, sind sie jetzt im Gefängnis – für 20 Jahre! Und wir wissen ja inzwischen alle, was dort geschieht, wie die Menschen dort gequält werden.“

Verhaftete Geschwister, verschwundene Kinder, vermisste Eltern

Viele Menschen in der Mahnwache erzählen von ähnlichen Schicksalen – von verhafteten Geschwistern, von verschwundenen Kindern, von vermissten Eltern, Freunden und Verwandten. Die Erwachsenen werden in Umerziehungslagern vermutet, in denen die chinesische Regierung die muslimische Minderheit assimilieren will, die Kinder in staatlichen Kinderheimen. Ihre Angehörigen hier in der Türkei fühlen sich machtlos. Die Mahnwache sei ihre einzige Hoffnung, sagt Semsyi.

„Ich lasse täglich meine vier Kinder allein zuhause, während mein Mann bei der Arbeit ist, und komme hierher, um für meine Eltern zu flehen – in der Hoffnung, dass mich irgendjemand erhört. Wir wünschen uns hier alle nur, dass man uns hört.“

„Keine Unterstützung mehr von der Türkei“

2012 sei sie mit ihrem Ehemann und dem ersten Kind in die Türkei gekommen, erzählt Semsyi, um ihren Glauben und ihre Kultur frei leben zu können – das sei in China damals schon schwierig gewesen.

„Wir danken der Türkei – sie hat uns aufgenommen, und wir sind ihr sehr dankbar. Aber nun bitten wir die Türkei, für uns einzutreten und uns zu unterstützen.“

Doch darum bitten die Uiguren derzeit vergeblich. Einen Appell an China, die Menschenrechte der Uiguren zu achten, unterzeichneten im vergangenen Herbst 39 Staaten von Deutschland bis Japan – nicht aber die Türkei. Die Uiguren würden sich von der Türkei mehr Rückhalt wünschen, sagt der Universitätsprofessor Burhan Uluyol, der die Istanbul Mahnwache organisiert hat und selbst Angehörige in den chinesischen Lagern vermisst.

„Nein, seit etwa vier Jahren bekommen wir keine Unterstützung mehr von der Türkei. Wir wissen nicht warum.“ – „Ich frage mich auch dauernd, warum.“

Spannungen zwischen Ankara und Beijing

Ein Drahtseilakt ist das für die Türkei schon, seit sie vor 50 Jahren diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufnahm. Schon damals lebten, studierten und arbeiteten Uiguren aus Xinjiang in der Türkei, schon damals gründeten sie politische Vereinigungen in der Türkei, die für eine Sezession der Provinz Xinjiang von China eintraten und für ein unabhängiges Ost-Turkestan, wie sie die Region nennen – und schon damals gab es immer wieder einmal Spannungen zwischen Ankara und Beijing deswegen. Noch vor gut einem Jahrzehnt, im Jahr 2009, bezeichnete Recep Tayyip Erdogan, damals noch Ministerpräsident der Türkei, das chinesische Vorgehen gegen die Uiguren öffentlich als Völkermord, was scharfe Proteste aus China nach sich zog. Inzwischen ist Erdogan zum Staatspräsidenten aufgestiegen, und zu den Uiguren sagt er nichts mehr. Das überlässt er heutzutage seinem Außenminister Mevlüt Cavusoglu. Die Türkei spreche das Schicksal der Uiguren in Xinjiang bei jeder Begegnung mit China an und äußere ihre Besorgnis auch auf internationaler Bühne, sagte Cavusoglu. Daraus folge aber nicht, dass sie sich an internationalen Demarchen für die Uiguren beteiligen müsse: „Es gibt Länder in der internationalen Gemeinschaft, die dieses Thema gegen China instrumentalisieren wollen. An dieser Propaganda beteiligen wir uns nicht. Wir sagen klar und deutlich, was wir denken. Aber wir beteiligen uns nicht an der Propaganda von Ländern, die das Thema politisieren und gegen China verwenden wollen.“

„Auf humorvolle Art erklärt, dass die Uiguren ein Turkvolk sind.“

Die Türkei habe ihre eigene Art, das Thema mit China zu besprechen, sagte der Minister: „Aus China kamen Aussagen, wonach Uiguren nicht wirklich ethnisch türkisch sind. Wir sind dem mit Humor begegnet. Wir haben unseren Gesprächspartnern auf humorvolle Art erklärt, dass die Uiguren natürlich ein Turkvolk sind.“

Viel Rücksichtnahme also auf chinesische Empfindlichkeiten und viel diplomatisches Feingefühl. Was hat sich also geändert, seit Erdogan vor zwölf Jahren den Völkermord an den Uiguren von China anprangerte? Sind es die milliardenschweren Finanzhilfen, mit denen China der krisengeplagten Türkei unter die Arme gegriffen hat? Ist es der chinesische Covid-Impfstoff, auf den die Türkei fast komplett angewiesen ist? Liegt es an dem chinesischen Projekt einer neuen Seidenstraße, an dem die Türkei mitverdienen will? All das vermutlich und noch mehr, meint der türkische Autor Mustafa Akyol:

„Warum geschieht das? Weil Präsident Erdogan seine strategische Ausrichtung dramatisch verändert hat. Im Jahr 2009 war Erdogan noch auf dem Weg in die Europäische Union. Er hatte keinen Anlass, in Beijing oder Moskau um Sympathien zu werben. Heute tritt Erdogan

herausfordernd anti-westlich auf, und er sieht offensichtlich eine Zukunft für die Türkei in einem Bündnis oder einer Zusammenarbeit mit Russland und China. Er ist deshalb äußerst bemüht, China nicht zu verärgern.“

Freunde in schwierigen Zeiten

In Beijing wird die türkische Hinwendung zu China und Russland mit Wohlwollen begleitet. Der türkische Botschafter in Peking, Abdulkadir Emin Önen, lobt im Staatsfernsehen die Zusammenarbeit in den höchsten Tönen.

„Die Türkei und China haben ihre Solidarität während der Pandemie ausgebaut. Auf dieser Grundlage sind wir in schwierigen Zeiten Freunde geworden. Daraus schließe ich, dass unsere bilaterale Zusammenarbeit auch nach der Pandemie weitergeht.“

Die Proteste der Uiguren in der Türkei, die Forderungen nach Informationen über verschwundene Angehörige – all das findet in den streng zensierten chinesischen Staatsmedien nicht statt. Kritik an der Türkei wegen der uigurischen Exilgemeinden ist ebenfalls nicht zu hören.

„Unterdrückung hat es in Xinjiang nie gegeben“

Die chinesische Kritik hat andere Adressaten: die USA vor allem, aber auch Kanada, Großbritannien, und die britische BBC, die immer wieder ausführlich über Internierungslager und schwere Menschenrechtsverbrechen in Xinjiang berichtet. Chinas Außenminister Wang Yi wies diese Vorwürfe kürzlich vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf erneut als „verleumderisch“ zurück. Die Lage in Xinjiang sei stabil, die Region entwickelt sich gut.

„Die grundlegenden Fakten zeigen, dass es einen sogenannten Genozid oder Zwangsarbeit oder religiöse Unterdrückung in Xinjiang nie gegeben hat. Solche aufstachelnden Anschuldigungen sind frei erfunden – vor dem Hintergrund von Ignoranz und Vorurteilen. Sie sind einfach nur niederträchtig, aus politischen Gründen aufgebauscht und haben mit der Wahrheit nichts zu tun.“

China hatte die riesige rohstoffreiche Region Xinjiang an der Grenze zu Zentralasien bereits kurz nach der Gründung der Volksrepublik 1949 annektiert und regiert die Region seitdem mit harter Hand. Seit Mitte der 2010er-Jahre hat sich die Lage dramatisch zugespitzt – nachdem es in China vereinzelt Anschläge mit vermutlich islamistischem Hintergrund gab.

Die ganze Härte des chinesischen Unterdrückungsapparates

Seitdem bekommt Xinjiang die ganze Härte des chinesischen Unterdrückungsapparats zu spüren. Verurteilungen und lange Haftstrafen wegen vermeintlicher Vergehen wie „Streit suchen“ sind nach Angaben von Human Rights Watch sprunghaft angestiegen. Lange Bärte, Gesichtsschleier, Auslandsreisen oder Kontakt zu Angehörigen im Ausland – alles

verdächtig. Ständige Kontrollen, elektronische Gesichtserkennung, die strenge Überwachung von Internet- und Mobilfunkkommunikation, all das ist Alltag.

Im Fokus der internationalen Kritik stehen Vorwürfe von Zwangsarbeit und Umerziehungslager und Internierungslager, in denen seit 2016 schätzungsweise eine Million Uiguren und Angehörige anderer Minderheiten festgehalten werden.

China hat die Existenz der Lager erst bestritten, bezeichnet sie jetzt als „Berufsbildungszentren“ und Teil einer Kampagne gegen islamistischen Terrorismus.

Schwere Menschenrechtsverbrechen in Xinjiang

Dabei sind die Vorwürfe erdrückend: Untersuchungen unterschiedlichster Institutionen und unzählige Berichte Betroffener, die ins Ausland flüchten konnten, deuten auf schwere Menschenrechtsverbrechen in Xinjiang hin. Ende Februar forderte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet erneut eine Untersuchung.

„In der autonomen Uiguren-Region Xinjiang zeigen öffentlich zugängliche Informationen, dass eine unabhängige und umfassende Bewertung der Menschenrechtslage notwendig ist. Mein Büro untersucht weiter mutmaßliche Muster von Menschenrechtsverletzungen einschließlich Berichte über willkürliche Festnahmen, Misshandlungen und sexuelle Gewalt in Institutionen, Zwangsarbeitspraktiken und die Erosion sozialer und kultureller Rechte.“

Einzelne Länder gehen deutlich weiter: Die abgewählte US-Regierung von Donald Trump sprach von einem Völkermord in Xinjiang; der neue Präsident Joe Biden hatte sich im Wahlkampf ähnlich geäußert. Das kanadische und das niederländische Parlament sprechen in nicht-bindenden Resolutionen jetzt ebenfalls von einem Genozid in Xinjiang. Auch die Stimmen für einen Boykott der Olympischen Winterspiele nächstes Jahr werden lauter.

Türkisch-chinesisches Auslieferungsabkommen

Die Türkei jedoch hat nun auch noch ein Auslieferungsabkommen mit China abgeschlossen, das jetzt vom Parlament in Ankara ratifiziert werden soll. Manche Uiguren fürchten, dass sie dann auch in der Türkei nicht mehr sicher sein werden, sagt Burhan Uluyol, der uigurische Akademiker in der Mahnwache in Istanbul:

„Diejenigen Uiguren hier, die türkische Staatsbürgerschaft besitzen, müssen keine Deportation nach China fürchten. Aber die ohne türkischen Pass haben große Angst.“

Mindestens zwei Dutzend uigurische Aktivisten sollen türkischen Medienberichten zufolge in Abschiebehäft sitzen. Burhan Uluyol rechnet aber nicht damit, dass sie tatsächlich nach China deportiert werden. Das wäre in der Türkei zu unpopulär, meint er.

„Wenn das Parlament das Abkommen ratifiziert, wird das türkische Volk dagegen aufstehen, so glauben wir. Wir vertrauen auf die türkischen Bürger. Wenn die Regierung das tut, dann verliert sie die nächsten Wahlen, das gibt hier einen gewaltigen Krach. Ich bin daher zu 80 Prozent sicher, dass die türkische Regierung das nicht tun wird.“

„Werden uns vor dem Präsidentenpalast selbst verbrennen“

Hundertprozentig sicher sind sich uigurische Aktivisten in der Türkei allerdings nicht. Jedenfalls hielt es einer ihrer führenden Vertreter kürzlich für nötig, in einem Fernsehinterview zu warnen: Seyit Tümtürk, der Vizevorsitzende des Weltkongresses der Uiguren: „Ich vertraue auf diesen Staat, auf das türkische Volk und auf den Staatspräsidenten, dass sie dieses Auslieferungsabkommen nicht abschließen. Wenn es anders kommt, was Gott verhüten möge, dann werden wir Uiguren zu Zehntausenden, zu Hunderttausenden nach Ankara ziehen und uns vor dem Präsidentenpalast selbst verbrennen. Wir werden unsere türkischen Ausweise auf den Scheiterhaufen werfen und die Türkei auffordern, uns alle zusammen an China auszuliefern. Wir werden mit unseren deportierten Landsleuten zusammen in den Märtyrertod gehen. Dafür verbürge ich mich mit meiner Ehre.“

Der Weltkongress der Uiguren ist eine Dachorganisation uigurischer Vereine und Verbände, die für die uigurische Unabhängigkeit von China eintreten und für ein freies Ost-Turkestan anstelle der chinesischen Provinz Xinjiang. Separatisten also, wie China gegenüber der Türkei gerne unterstreicht – schließlich lehnt Ankara separatistische Bestrebungen der eigenen, kurdischen Minderheit auch strikt ab.

„Aus Ankara kommt kein Mucks“

Dass die Uiguren derzeit bei westlichen Staaten mehr Rückhalt haben als in der Türkei, prangert auch die Opposition im türkischen Parlament an – so etwa Meral Aksener, die Vorsitzende der nationalistischen İyi-Partei.

„Von Europa bis Amerika protestieren die Staaten gegen die Verfolgung unserer uigurischen Brüder in China, aber aus Ankara kommt kein Mucks!“

Akseners Partei ist in den Umfragen derzeit stark im Aufwind gegen den Bündnispartner von Erdogan, die ebenfalls nationalistische MHP von Devlet Bahçeli. Die Nationalistin greift die Regierung beim Thema Uiguren frontal an:

„Wir haben es hier mit skrupellosen Machthabern zu tun, die ihre eigenen Brüder für ein paar Pfennige verkaufen, für ihre Händel hinter verschlossenen Türen. Herr Erdogan rühmt sich als Muslim, Herr Bahçeli rühmt sich als türkischer Nationalist, doch sie haben sich von chinesischen Interessen zu Gefangenen machen lassen. Wenn man sie fragt, sind sie die größten Türken und die inbrünstigsten Muslime. Aber wenn unsere Brüder verfolgt werden, weil sie Türken und Muslime sind, dann haben sie dagegen nichts zu sagen. So macht man doch keinen Staat. Schande über euch!“

Gezielt packt die Oppositionspolitikerin Erdogan damit an seinem Anspruch, als Fürsprecher aller bedrohten Muslime in der Welt aufzutreten. Doch sein Interesse an guten Beziehungen

zu China wiegt für den Präsidenten offenbar schwerer, meint Experte Akyol, dessen Buch „Reopening Muslim Minds“ im April 2021 erscheint.

„Erdogans Einsatz für unterdrückte Muslime in aller Welt mag zu einem gewissen Grad ehrlich und aufrichtig sein, aber er ist auch sehr sorgfältig an strategische Interessen angepasst.“

Türkei im Zugzwang

Akuter Druck auf Ankara entsteht nun durch das Auslieferungsabkommen, das plötzlich aktuell geworden ist. Jahrelang hatte der Vertrag in den Ausschüssen gelegen, doch nun wurde er vor zwei Monaten vom Ständigen Ausschuss des chinesischen Volkskongresses ratifiziert – damit ist die Türkei nun im Zugzwang, das Dokument ihrerseits vom Parlament bestätigen zu lassen. Die Opposition im türkischen Parlament wartet nur auf die Debatte: „Nun haben wir dieses Auslieferungsabkommen mit China. Ich rufe unsere Abgeordneten auf: Verfolgt das sehr genau! Mal sehen, ob sie es wagen, das dem Auswärtigen Ausschuss vorzulegen – da bin ich sehr gespannt. Ich verkünde hier: Wer dem zustimmt, der übernimmt Verantwortung für die Gräueltaten an unseren Brüdern, der wird diese Schande sein Leben lang tragen. Und wenn das jeder sonst vergisst, ich werde das nicht vergessen lassen bis an mein Lebensende, das schwöre ich euch hier, das schwöre ich bei Gott! Wir werden ja sehen, wozu sie fähig sind.“

Auflagen für Mahnwachen immer strenger

Dass die türkische Regierung uigurische Mahnwachen in Ankara und Kayseri kürzlich von der Polizei auflösen ließ, stieß daher nicht nur bei der nationalistischen Opposition auf Protest, sondern auch bei der konservativen Deva-Partei. Ihr rechtspolitischer Sprecher Mustafa Yeneroglu:

„Als wäre es nicht schlimm genug, dass die Regierung zu der Unterdrückung der Uiguren schweigt und die gesetzliche Grundlage für ihre Abschiebung nach China vorbereitet, werden die Kundgebungen unserer uigurischen Brüder vor der chinesischen Botschaft nun auch noch auf Befehl der Regierung von der Polizei auseinandergetrieben. Die Uiguren in Ankara werden von der Polizei in ihren Häusern eingesperrt und ihrer Bewegungsfreiheit beraubt, sie werden unter Druck gesetzt, Ankara zu verlassen. Dass die Türkei als zweite Heimat der Uiguren des Landes so etwas tun kann und dass die öffentliche Meinung in der Türkei dazu schweigt, das zeigt wirklich nur zu deutlich, wie dramatisch die Lage der Türkei inzwischen ist.“

Auch vor dem Konsulat in Istanbul werden die Auflagen für die Mahnwache immer strenger. Semsije, die junge Frau mit dem Foto ihrer Eltern, lässt sich nicht abschrecken.

„Wenn die türkische Regierung schon nicht für uns eintritt, dann soll sie uns wenigstens selbst für unsere Familien eintreten lassen und uns nicht behindern. Anfangs standen wir

von morgens bis abends hier, aber jetzt lassen sie uns nur noch zwei, drei Stunden hier stehen. Wahrscheinlich wegen des Drucks aus China, das verstehen wir schon.“ Semsiyie will trotzdem hier stehen bleiben und das Bild von ihren Eltern hochhalten. Es ist das Einzige, so sagt sie, was sie für die Eltern tun kann.

In China werden Uiguren ständig kontrolliert. Oftmals werden sie willkürlich verhaftet und ihnen drohen Misshandlungen, sexuelle Gewalt und Zwangsarbeit in Umerziehungslagern. Außerdem werden ihnen soziale und kulturelle Rechte entzogen. Doch obwohl viele Uiguren in der Türkei leben, unternimmt diese nichts. Die politischen Interessen, Finanzhilfen sowie chinesische Impfdosen sind zu wichtig, um China durch die Unterstützung der Uiguren zu verärgern. China bestreitet außerdem weiterhin Menschenrechtsverletzungen, die Umerziehungslager seien nur Berufsbildungszentren und Teil einer Kampagne gegen islamistischen Terrorismus.

8. März 2021, Internetquelle

Gefängnis, Zwangsarbeit und Unterdrückung in Xinjiang

US-Präsident Biden hat die Unterdrückung der Uiguren durch China als Völkermord bezeichnet. Von der Bundesregierung sind solche Schritte bislang nicht bekannt.

Holger Schmale, 8.3.2021 - 18:57 Uhr



Polizisten patrouillieren auf einer Straße in der Nähe des Marktplatzes in Urumqi in Xinjiang im Jahr 2013.

Berlin - In Peking tagen derzeit die fast 3000 Abgeordneten des chinesischen Parlaments, das nur einmal im Jahr zusammenkommt. Ihre Aufgabe ist es, die Direktiven der Kommunistischen Partei entgegenzunehmen und anschließend für ihre Umsetzung in dem riesigen Land zu sorgen. Debatten im westlichen Sinne werden dort nicht geführt und kritische Themen nicht aufgerufen. So ist auch nicht damit zu rechnen, dass die Lage der Minderheit der Uiguren zur Sprache kommt, trotz der wachsenden internationalen Kritik an der Unterdrückung des Turkvolks, das in der autonomen Region Xinjiang im Nordwesten Chinas lebt.

Ein Buch der Exil-Uigurin Gulbahar Haitiwaji, die dem System der Umerziehungslager in Xinjiang dank der Intervention der französischen Regierung entkommen konnte, und ein westlichen Medien zugespielter Bericht über die Organisation der Zwangsarbeit von Uiguren hat die Aufmerksamkeit für ihr Schicksal noch einmal geschärft. Die Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch gehen davon aus, dass mehr als eine Million Uiguren in Umerziehungs- und Zwangsarbeitslagern festgehalten werden. Das sind etwa 10 Prozent dieser Volksgruppe. Die Bundesregierung hält die Information für korrekt. Ihre Menschenrechtsbeauftragte Bärbel Kofler teilte nach dem letzten deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialog im September 2020 mit: „Wir haben die Überwachung und Verfolgung von Minderheiten in China besprochen, insbesondere mit Blick auf die katastrophale Situation der Uiguren, von denen über eine Million Menschen in Umerziehungslagern interniert sind.“ Dabei beließ die Bundesregierung es allerdings, denn, so Kofler: „Die chinesische Seite zeigte keine Bereitschaft, auf konkrete Fälle und Vorgänge wirklich einzugehen.“

China reagiert trotz wachsender Kritik nicht auf die Vorwürfe. Einige Länder äußern sich öffentlich, während Deutschland sich zurückhält. Bewiesenermaßen werden Uiguren in Zwangsarbeits- und Umerziehungslagern gegen ihren Willen festgehalten. Trotzdem schweigt die Bundesregierung.

Unabhängiger Bericht spricht von chinesischem Genozid an Uiguren

Mehr als 50 Experten aus verschiedenen Bereichen kommen zu dem Schluss, dass die muslimische Volksgruppe ausgelöscht werden soll

Zum ersten Mal ist ein unabhängiger Bericht von mehr als 50 weltweiten Experten zu dem Schluss gekommen, dass die chinesische Regierung mit ihrem mutmaßlichen Vorgehen gegen die muslimische Minderheit der Uiguren in Xinjiang jede Klausel der Genozidkonvention der Vereinten Nationen gebrochen hat.

Der Bericht wurde am Montag von dem Thinktank Newlines Institute for Strategy and Policy in Zusammenarbeit mit dem Raoul Wallenberg Centre for Human rights veröffentlicht. Die Experten aus den Bereichen Menschenrechte, Kriegsverbrechen und internationales Recht kommen darin zu dem Schluss, dass Peking "die staatliche Verantwortung für den anhaltenden Genozid gegen die Uiguren trägt und gegen die Genozidkonvention verstößt".

Zwei Millionen Betroffene

Zitiert werden unter anderem Aussagen von hochrangigen Regierungsmitgliedern wie Staatschef Xi Jinping aus dem Jahr 2014, als Peking den "Volkskrieg gegen Terror" in Xinjiang ausrief. Damals war davon die Rede, "jeden zusammenzutreiben, der zusammengetrieben werden soll", und die Uiguren "vollkommen auszulöschen (...) ihre Wurzeln und Äste zu zerstören". Um das zu erreichen, wurden Han-Chinesen zur Kontrolle von Uiguren in die Region umgesiedelt, Frauen im gebärfähigen Alter sterilisiert und Männer im zeugungsfähigen Alter interniert.

Laut Schätzungen wurden bis zu zwei Millionen Uiguren und Angehörige anderer muslimischer Minderheiten in Internierungslager gebracht. Ehemalige Häftlinge erzählten in mehreren Berichten, dass es dort zu Folter, sexueller Gewalt und Gehirnwäsche kommt.

Für den Bericht untersuchten die Experten alle verfügbaren Dokumente seit dem Jahr 2013, als die autonome Uigurenregion Xinjiang die ersten Berichte veröffentlichte. So wurden öffentliche chinesische Statements, durchgesickerte staatliche Berichte und Aussagen von Augenzeugen analysiert. Zudem bedienten sich die Experten offen zugänglicher Forschungsmethoden wie Satellitenbild-Analysen, Informationen aus dem chinesischen Internet und anderer Quellen.

Verteidigung Pekings

China weist die Vorwürfe zurück und verteidigt die Lager als wichtige Zentren, um religiösen Extremismus und Terrorismus zu bekämpfen. Erst am Sonntag sagte Außenminister Wang Yi, dass die Vorwürfe eines Genozids in Xinjiang "nicht absurder sein könnten". In einer ihrer letzten Amtshandlungen sprach die US-Regierung von Donald Trump noch am 19. Jänner offiziell von

Genozid, das niederländische und das kanadische Parlament folgten mit ähnlichen Erklärungen im Februar.

Experten haben aufgedeckt, dass zwei Millionen Uiguren in Internierungslagern gefangen gehalten werden. Sie werden dort sexuell missbraucht, gefoltert und erleben Gehirnwäsche. Frauen wurden außerdem zwangssterilisiert. China dementiert die bewiesenen Anschuldigungen.

9. März 2021, Internetquelle

China begeht **Völkermord** im eigenen Land



Chinas Machthaber Xi Jinping

Exekutionen, Zwangs-Sterilisationen, Massen-Inhaftierungen, Entführung von Kindern, man könnte die Liste endlos weiterführen...

China begeht **Gräueltaten an der uigurischen Minderheit im eigenen Land - in der Region Xinjiang.**

Das belegt ein neuer, detaillierten Bericht des „Newlines Institute for Strategy and Policy“ (dt. „Newlines Institut für Strategie und politische Richtlinien“; ein unabhängiger Thinktank in den USA).

Im Bericht ist von unzähligen, systematischen Verstößen gegen die UN-Völkermordkonvention in der nordwestchinesischen autonomen Region Xinjiang seit 2014 die Rede.

Brisante Satellitenfotos zeigen Tausende uigurische Arbeitssklaven des chinesischen Regimes neben einem Hochsicherheitstrakt in Xinjiang.

Das Ergebnis der Experten: Der chinesische Machthaber Xi Jinping (67) verstößt mit seinem „Kampf gegen den Terror“ gegen die UN-Völkermordkonvention, in der es heißt: „Völkermord ist hiernach die vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen“ (Artikel 2, Absatz b).

Der chinesische Staat gegen die Uiguren

Die chinesischen Behörden haben auch einen Titel für das Vorgehen gegen die Uiguren: „Auslöschen von Tumoren“.

Die Chinesen haben das Ziel die Uiguren zu vernichten als „Kampf gegen den Terror“. Sie sprechen dabei von „Auslöschen von Tumoren“. Satellitenaufnahmen zeigen uigurische Arbeitssklaven in Internierungslagern. Damit verstoßen sie gegen die UN- Völkermordkonvention.

10. März 2021, Internetquelle

Das irritierende deutsche Schweigen zu Chinas Unterdrückung der Uiguren



Foto: Imago/Pro Shots

Uiguren und ihre Sympathisanten demonstrieren in Amsterdam.

Die Bundesregierung sollte dem Verdacht entgegenwirken, dass die Orientierung ihrer Außenpolitik eher den monetären als den humanitären Werten gilt.

Berlin - Deutschland nimmt für sich in Anspruch, eine wertebasierte Außenpolitik zu betreiben. „Selbstbewusstes Werben für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte ist daher wichtiger Teil deutscher Friedens- und Sicherheitspolitik“, heißt es in den vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Grundprinzipien deutscher Außenpolitik. Doch wie sieht das in der Praxis aus? Während Berlin im Falle des russischen Regimekritikers Alexej Nawalny die große Trommel rührt, Sanktionen beschließt und keine Ruhe gibt, herrscht im Falle der unterdrückten chinesischen Volksgruppe der Uiguren das große Schweigen.

Nicht nur Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch prangern die chinesischen Umerziehungs- und Zwangsarbeiterlager an, in denen Millionen Uiguren geknechtet werden. Auch die Bundesregierung geht davon aus, dass allein über eine Million Menschen dieser Volksgruppe in Umerziehungslagern interniert sind. Man habe das beim jüngsten Menschenrechtsdialog mit Peking auch angesprochen, teilte die deutsche Delegationsleiterin mit. Aber die chinesische Seite habe darüber nicht reden wollen. Tja. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dann zwar wenig später im Bundestag die „schlechte und grausame Behandlung“ der Minderheit beklagt und sich „zutiefst besorgt“ über die Unterdrückung der demokratischen Kräfte in Hongkong geäußert – aber hat sie auch irgendetwas unternommen? Den chinesischen Botschafter einbestellt, mit Sanktionen gedroht, die internationale Öffentlichkeit mobilisiert? Nichts davon ist geschehen.

Es irritiert zutiefst, dass ausgerechnet Russland mit seiner von Deutschland ausgehenden Leidensgeschichte des Zweiten Weltkriegs so im Fokus der deutschen Kritik steht, während China ungehindert und ungestraft seine Politik der Expansion nach außen und der Unterdrückung nach innen fortsetzen kann. Der Umgang der Regierung Putin mit einer Opposition, die für faire Wahlen, eine unabhängige Justiz und Demonstrationsfreiheit streitet, ist aller Kritik wert. Aber immerhin gibt

es in Russland eine wache Zivilgesellschaft, die sich organisieren und Gehör verschaffen kann.

Davon ist in China keine Rede. Unter dem Deckmantel der in jeder Hinsicht verratenen Ideale der Kommunistischen Partei hat die herrschende Elite um den Präsidenten Xi einen autoritären Turbokapitalismus mit einem technologisch ausgeklügelten Überwachungssystem geschaffen, wie er dem europäischen Freiheitsverständnis fremder nicht sein kann. Gegen störende Elemente wie die Demokratiebewegung in Hongkong geht die Zentrale in Peking mit Rechtsbruch und Gewalt vor, während sie das demokratische Taiwan mit wachsender militärischer Bedrohung einzuschüchtern sucht. All das lassen die Bundesregierung und die anderen europäischen Staaten tatenlos geschehen.

Wie ist dieses unterschiedliche Verhalten zu erklären? Ein Blick in die Handelsbilanzen hilft weiter. Dort finden sich 212 Milliarden Argumente für das Schweigen gegenüber der Führung in Peking. 212 Milliarden Euro betrug das deutsch-chinesische Handelsvolumen im vergangenen Jahr. China ist der größte Handelspartner Deutschlands, ein Paradies der deutschen Exportwirtschaft. Mit Russland beträgt das Handelsvolumen nur 20 Prozent dessen mit China, es liegt auf dem uninteressanten Platz 15 der deutschen Handelspartner.

Was wäre zu tun? Die EU könnte, wie sie das in anderen Fällen, siehe Russland, auch tut, Personen aus dem Machtsystem, die für die Unterdrückung der Uiguren oder die Verfolgung der Demokraten in Hongkong konkret verantwortlich sind oder davon wirtschaftlich profitieren, identifizieren und sanktionieren. Sie könnte wie die USA dafür sorgen, dass Produkte aus Zwangsarbeit, zum Beispiel Baumwolle aus der Provinz Xinjiang, nicht mehr importiert werden dürfen. Sie könnte die Teilnahme der europäischen Sportler an den olympischen Winterspielen 2022 in Peking an die Sicherung grundlegender Menschenrechte für alle Bürger Chinas einschließlich Hongkongs knüpfen. All das würde auch dem Verdacht entgegenwirken, die Werteorientierung der deutschen, der europäischen Außenpolitik gelte doch eher den monetären als den humanitären Werten.

Der Bundestag weiß von den Missständen in China. Trotzdem gibt es keine Strafen oder öffentliche Kritik. Wahrscheinlich liegt es daran, dass China einer der wichtigsten Handelspartner Deutschlands ist. Statt Sanktionen, Importverbot für von Arbeitssklaven hergestellte Produkte oder den Ausschluss von den olympischen Winterspielen, gibt es nur Schweigen. Dies zeigt, dass die Außenpolitik doch eher monetär als humanitär ist.

10. März 2021, Internetquelle

Kamera-Software in China soll Uiguren erkennen

Der Konzern Huawei soll eine Gesichtserkennungssoftware erprobt haben, die darauf trainiert ist, Uiguren in China zu erkennen.



Uiguren, China © shutterstock bearbeitet by IslamiQ.

Schon länger ist China wegen Repressionen gegen die im Westen des Landes, vorwiegend in der autonomen Region Xinjiang, beheimateten Uiguren in der Kritik. Teil der Unterdrückung ist auch ein verschärftes Überwachungsregime. An dessen Umsetzung soll sich auch Huawei beteiligt haben, berichtet nun die „Washington Post“. Der Konzern soll eine von künstlicher Intelligenz gestützte Gesichtserkennungssoftware erprobt haben, die darauf trainiert war, Uiguren zu erkennen.

Zuerst berichte die Plattform IPVM, ein Fachmedium zum Thema Videoüberwachung, über die Kamera. In der Produktbeschreibung hieß es, dass die Kamera Geschlecht (männlich, weiblich), ethnische Zugehörigkeit (z.B. Uiguren, Han) und Hautfarbe (z.B. weiß, gelb oder schwarz) analysieren könne. Schon im April dieses Jahres hatte die New York Times berichtet, dass in China **rassistische Gesichtserkennung** gegen die uigurische Minderheit eingesetzt werde.

China unter Kritik

Im Oktober hatten laut Medien die USA mehrere chinesische Technologieunternehmen auf eine Blacklist gesetzt wegen **Menschenrechtsverletzungen** gegen die uigurische Minderheit. In der muslimischen Provinz Xingjian geht die chinesische Zentralregierung mit großer Härte gegen die muslimische Minderheit der 11 Millionen Uiguren vor, testet dort **biometrische Verfahren und Überwachungstechniken**. Bis zu einer Million Menschen sollen in **Umerziehungslagern** gefangen gehalten worden sein.

Die chinesische Regierung begründet ihre Repressionen gegen die Uiguren mit dem **Kampf gegen den Terrorismus**. China steht für die Menschenrechtsverletzungen international in der Kritik.

„Menschenrechte respektieren“

Deutschland und mehr als 30 weitere Nationen haben **Menschenrechtsverletzungen** Chinas scharf kritisiert. „Bezüglich (der Region) Xinjiang sind wir zutiefst besorgt über die Existenz eines großen Netzwerks von Lagern für sogenannte **politische Umerziehung**, bei denen glaubwürdige Berichte darauf hinweisen, dass über eine Million Menschen willkürlich inhaftiert wurden“, sagte Deutschlands UN-Botschafter Christoph Heusgen am Dienstag in einem Ausschuss der UN-Generalversammlung. „Wir fordern China auf, die Menschenrechte zu respektieren, insbesondere die Rechte von Angehörigen religiöser und ethnischer Minderheiten“.

Der Text wurde von Deutschland zusammen mit Großbritannien ausgearbeitet, es schlossen sich 37 weitere Länder an, darunter neben vielen europäischen Staaten auch die USA. Westliche Diplomaten berichteten von massivem Druck Pekings auf kleinere Staaten, sich der Initiative nicht anzuschließen. Bei einer ähnlichen Stellungnahme im vergangenen Jahr hatten noch 23 Länder mitgemacht.

China arbeitet an biometrischen Verfahren und Überwachungstechniken. Mithilfe von Huawei, haben sie eine Gesichtserkennungssoftware entwickelt, um Uiguren zu erkennen. Für die Menschenrechtsverletzungen steht China international in der Kritik. Deutschland hat einen Text verfasst bezüglich Xinjiang und viele weitere Länder haben sich angeschlossen, dies hatte den Druck Pekings zur Folge.

12. März 2021, Internetquelle

Verbrechen ohne Echo



Uiguren demonstrieren in München dagegen, wie chinesische Sicherheitskräfte ihre Landsleute in der Provinz Xinjiang misshandeln.

(Foto: Robert Haas/lok)

Weil Bilder aus den Lagern fehlen, reagiert die Welt empathielos auf die brutale Unterdrückung der Uiguren durch den chinesischen Staat. Das ist unverzeihlich.

"Um zu wissen, muss man sich ein Bild machen", schreibt der französische Philosoph Georges Didi-Huberman in "Bilder trotz allem", und da beginnt sie vermutlich schon, die prekäre Abhängigkeit von Bildern. "Sich ein Bild machen", die Formulierung verweist auf die in unsere Sprache eingelassene Vorstellung, wir bräuchten Bilder, um etwas zu verstehen, mehr noch: um ganz sicher zu sein, um zu wissen, dass etwas tatsächlich geschehen ist. Was nicht gesehen werden kann, das setzt sich dem Zweifel aus. Es mag andere Quellen der Information geben, schriftliche Dokumente, Aussagen von Zeuginnen und Zeugen, unabhängig und distanziert oder betroffen und involviert - aber noch immer, aller technischen Manipulierbarkeit zum Trotz, haftet Bildern eine besondere Autorität an. Als verliehen sie einer Erzählung oder Erinnerung das Siegel der Evidenz.

Vielleicht erklärt der Umkehrschluss, der Mangel an Bildern, die unverzeihliche **Empathielosigkeit** mit den Uiguren in China, von deren brutaler **Entrechtung** und massenhaften **Internierung** die Öffentlichkeit seit Jahren weiß - und die doch politisch **reaktionsarm** bleibt, als ließe sich von dem Grauen kein Bild machen. Als seien all die Berichte von Überlebenden, die aus den von den Chinesen als "Berufsausbildungszentren" etikettierten **Gefangenenlagern** entkommen konnten, als seien Satellitenaufnahmen von den riesigen **Haftanlagen** noch nicht genug. Als reiche es, von "unvorstellbarem Leid" zu sprechen, um es auch sofort ins Feld des Unvorstellbaren zu versetzen, damit es niemanden bedrängt.

Das Perfide der Gewalt ist genau dokumentiert - was folgt daraus?

Dieser Tage hat nun der amerikanische Think-Tank New Lines Institute for Strategy and Policy einen Bericht zu der Situation der Uiguren in der Autonomen Provinz Xinjiang vorgelegt, der kaum ohne Unterbrechung zu lesen ist, weil einem angesichts des dort beschriebenen Spektrums und der Perfidie der Gewalt speiübel wird. Auf 55 Seiten wird so detailreich wie schonungslos aufgeschlüsselt, wie die **Überwachung und Misshandlung** der ethnischen Minderheit mutmaßlich entwickelt wurden. Der Bericht ist unterfüttert mit Zitaten aus offiziellen Anordnungen der chinesischen Führung, Reden von Präsident Xi Jinping, Statistiken und Dokumenten lokaler Behörden, Handlungsanweisungen für Kader paramilitärischer Einheiten, Aussagen primärer und sekundärer Quellen - und niemand kann nach der Lektüre dieses Berichts noch diese selbst-entlastende Floskel vom Unvorstellbaren wiederholen.

Das New Lines Institute for Strategy and Policy rekonstruiert die zunächst als Anti-Terror-Kampagne deklarierte totale **Überwachung und soziale, kulturelle und psychische Unterdrückung** der Uiguren von den ersten Plänen für Internierungslager im Mai 2013 bis heute. Es beginnt mit dem Ausbau eines neototalitären **Überwachungssystems** in der Provinz Xinjiang aus Tausenden Kameras in Dörfern, an Straßenkreuzungen, in Moscheen. Von 2016

an wurden systematisch **biometrische Daten** gesammelt (Gesichts-Scans, Fingerabdrücke, DNA, Blutgruppen) und eingespeist in die polizeilichen Register. Zwischen 2016 und 2018 gaben, ausweislich offizieller Dokumente, einzelne Städte in der Autonomen Region Xinjiang bis zu 46 Millionen Dollar allein für **Überwachungstechnologie** aus. Parallel zu dem gespenstischen Abschöpfen noch der privatesten Daten durch digitale Software wurden Kader einer paramilitärischen Einheit in die Provinz gesandt, um uigurische Familien "zu besuchen" und nach Vorwänden für eine **Verhaftung** zu suchen. Als wäre das nicht schon willkürlich genug, wurde von Oktober 2016 an für Kader das Programm "Familie werden" (das Wörterbuch der rhetorischen Verkleidung der Gewalt verdiente eine eigene Kolumne) eingeführt: was als "interethnische Mischung" verklärt wurde, verpflichtete Kader, bei uigurischen Familien mindestens alle zwei Monate für fünf Tage einzuziehen, woraus gern Jahre wurden. Der Bericht führt in einer Fußnote eine Zeugenaussage an, die notorischen **sexuellen Missbrauch** und die Vergewaltigung von uigurischen Frauen durch die "Besucher" beschreibt.

Uigurische Frauen erleiden **Zwangssterilisationen** und Vergewaltigungen

Ohnehin sind die Fußnoten vielleicht das Quälendste an der Lektüre. Zum einen, weil sich in den Fußnoten die dichten Beschreibungen der Ausmerzungen nicht allein der uigurischen Kultur und Religion, sondern der **Misshandlung und Zerstörung** der Menschen selbst findet. Dort finden sich die Details der mehr als 380 Internierungslager der Provinz, in denen vermutlich eine Million Uiguren **körperlich und seelisch** malträtiert werden. Dort finden sich die Geschichten der Zwangssterilisationen uigurischer Frauen. Dort findet sich das ganze Repertoire der **Repressionen**, mit denen eine Minderheit mutmaßlich darin gehindert werden soll, als Minderheit zu überleben. Zum anderen sind es vor allem die bibliografischen Angaben, die Zitate aus Zeitungsartikeln oder Blog-Einträgen, die Verweise auf digitale Archive und Plattformen, die Informationen über das Leid der Uiguren sammeln, die erschüttern. Aus den Fußnoten ergibt sich eine vielstimmige, jahrelange Anklage:

Dies ist kein Verbrechen ohne Zeugen, dies ist kein Verbrechen im Verborgenen. Die Dokumente und Erzählungen liegen vor. Sie können geprüft und befragt werden, aber sie dürfen nicht länger ignoriert werden.

Die Forscherinnen und Forscher, deren Expertise in diesen Bericht des New Lines Institut eingeflossen ist, geben dem Verbrechen auch einen Namen: **Genozid**, gemäß der Genfer Konvention von 1948, Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören. Welche Bedeutung diesem Wort zukommt, ist spätestens seit 1994 und dem Völkermord in Ruanda offenbar, als die internationale Gemeinschaft die sich abzeichnende Katastrophe als "Bürgerkrieg", als "internen Konflikt", als alles nur nicht als Genozid wahrnehmen wollte, weil das einen moralischen Imperativ zum Eingreifen mit sich gebracht hätte, das alle vermeiden wollten. Es mag skeptische Stimmen geben, die die **Misshandlung** der Uiguren nicht als Genozid einstufen würden. Aber die Debatte, in welcher Verantwortung die internationale Gemeinschaft genau steht, muss endlich engagierter geführt werden.

Vielleicht reagiert die Welt empathielos, da kaum Bilder aus den Internierungslagern vorliegen. Aber ein amerikanisches Institut hat jetzt einen Bericht über die ersten Ideen von 2013 bis zur heutigen Situation veröffentlicht. Es begann mit Überwachung, Gesichtserkennungssoftwares und ersten Verhaftungen. Heute werden Uiguren seelisch und körperlich missbraucht. Experten sprechen von einem Genozid, der gezielten Ausrottung einer ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe.

12. März 2021, Internetquelle

Die USA werfen China einen Genozid an den Uiguren vor – zu Recht?

Genozid gilt im Völkerrecht als das schlimmste aller Verbrechen. Entsprechend schwer wiegt der Vorwurf der USA, dass China an den Uiguren einen **Völkermord** verübe. Juristisch ist der Fall nicht einfach, aber auch in politischer Hinsicht stellen sich heikle Fragen.

Menschenrechtsorganisationen, Uno-Vertreter und einzelne westliche Regierungen äussern sich seit Jahren alarmiert über die **Unterdrückungspolitik** des chinesischen

Regimes in der Provinz Xinjiang. Die dortigen Behörden haben laut Schätzungen mindestens eine Million Uiguren und Angehörige weiterer muslimischer Minderheiten in Umerziehungslagern eingesperrt, wo die Inhaftierten mit kommunistischer Ideologie indoktriniert werden und zum Teil Opfer von **Gewaltakten** werden. Entsetzen hervorgerufen haben aber auch Berichte über erzwungene Abtreibungen, Folter und weitere **systematische Repressalien** in der Region.

Als erstes Land der Welt haben die USA im Januar die Verfolgungen als **Völkermord** eingestuft. Diese Festlegung erfolgte durch den damaligen Außenminister Mike Pompeo, am letzten vollen Arbeitstag der abtretenden Administration von Donald Trump. Die Volksrepublik China, unter Leitung und Kontrolle der Kommunistischen Partei, habe einen Genozid sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen die Uiguren und weitere Minderheiten verübt, erklärte der Minister unter Berufung auf eine sorgfältige Prüfung der Faktenlage.

Keine Hinweise auf massenhafte Tötungen

Dass China die Vorwürfe erbost zurückwies, erstaunt nicht. Es meldeten sich aber auch im Westen skeptische Stimmen. Zum einen wurde Pompeo vorgeworfen, es sei ihm weniger um die Sache gegangen als darum, den Spielraum der neuen Regierung von Joe Biden einzuengen und die bisherige harsche Linie gegenüber China zu zementieren. Zum anderen wurde argumentiert, dass der Begriff **«Genozid»** Fällen von eigentlichem Massenmord an einem Volk vorbehalten sein sollte. So abscheulich die Verbrechen gegen die Uiguren seien, drohe die Anwendung in diesem Fall den Begriff zu verwässern.

So einfach ist die Sachlage jedoch nicht. Für den Ausdruck **«Völkermord»** gibt es eine relativ scharfe **juristische Definition**, zugleich sind mit der Anwendung des Begriffs auch politische Konsequenzen verbunden. Beides wird die Administration Biden zu berücksichtigen haben, bevor sie die Festlegung der Vorgängerregierung übernimmt. Der neue Außenminister Antony Blinken hat zwar kurz vor seiner Amtsübernahme erklärt, dass er persönlich der Einschätzung Pompeos zustimme. Aber sein Ministerium nimmt derzeit eine formale Überprüfung der Frage vor.

Als Tatbestand des Völkerstrafrechts gilt der Genozid wegen seiner Grausamkeit als **«crime of crimes»**, als **Verbrechen der Verbrechen**. Den Begriff prägte der polnischstämmige Jurist Raphael Lemkin, der nach einer Bezeichnung suchte sowohl für die Massaker an den Armeniern im Osmanischen Reich als auch für die industrielle Vernichtung der Juden durch die Nazis. Damals verwendete Termini wie Massenmord oder Barbarei taugten nicht, weil es gezielt um die Tötung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe ging.

Lemkin entwickelte die Bezeichnung Genozid und lieferte eine Definition, die in der von ihm mitformulierten Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 weitgehend **übernommen wurde**. Demnach handelt es sich um Taten gegen die Mitglieder einer **nationalen, ethnischen oder religiösen Gruppe**, die in der Absicht begangen werden, die Gruppe als solche ganz oder teilweise zu **zerstören**. Über 150 Staaten sind der Konvention inzwischen beigetreten. Völkermorde gab es in der Geschichte immer wieder, in der Neuzeit etwa im Zuge der Kolonialisierung. Die heute bekanntesten ereigneten sich aber in der jüngeren Vergangenheit. Die Ermordung von Hunderttausenden von Armeniern 1915/16 gilt

als einer der ersten Genozide des 20. Jahrhunderts. Der Holocaust mit der systematischen Vernichtung von sechs Millionen Juden sowie Zehntausenden von Sinti und Roma ist zum Inbegriff dieses Verbrechens geworden. Unbestritten ist auch, dass die Hutu 1994 in Rwanda einen Völkermord an der Tutsi-Minderheit begingen, der rund 800 000 Opfer forderte. Die Tötung von 8000 Bosniaken in Srebrenica 1995 ist vom Uno-Kriegsverbrechertribunal ebenfalls als Genozid eingestuft worden.

All diesen Geschehnissen sind massenhafte Tötungen gemein. Inzwischen sind die **schweren Menschenrechtsverletzungen** im Zuge der Unterdrückungs- und Assimilierungskampagne Pekings in Xinjiang gut dokumentiert. Hinweise auf Massaker gibt es jedoch nicht.

Ein «Klima des Terrors» um das Thema Kinderhaben

Allerdings setzt die Genozid-Konvention solche nicht voraus. Als Völkermord gilt laut dem Abkommen auch, wenn einer Gruppe **schwerer körperlicher oder seelischer Schaden** zugefügt wird, Massnahmen zur Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe verhängt werden oder ihr Kinder gewaltsam weggenommen werden. Das zielt darauf ab, nicht nur einen offensichtlichen Versuch der Vernichtung eines Volks zu ächten, sondern auch ein «schleichendes» Vorgehen, das dieselbe Folge haben kann. Das Schutzobjekt sei in diesem Fall der Fortbestand der Gruppe, erklärt Oliver Diggelmann, Professor für Völkerrecht an der Universität Zürich. Ein Genozid könne deshalb auch vorliegen, ohne dass eine einzige Person getötet werde. Die Konvention fasse den Begriff weiter, als es der umgangssprachliche Gebrauch vermuten lasse.

Es liegt eine Reihe von Berichten über Methoden in Xinjiang vor, die in diese Richtung gehen. Im letzten Sommer schilderte die Nachrichtenagentur Associated Press (AP), Uigurinnen würden zu langfristigen Verhütungsmitteln wie der Spirale, zu Sterilisierungen und sogar Abtreibungen gezwungen. Demnach sind mehr als zwei Kinder auch ein wichtiger Grund für Inhaftierungen oder hohe Bussen. Interviews mit ehemaligen Gefangenen hätten ein «Klima des Terrors» im Zusammenhang mit dem Kinderhaben gezeigt, schrieb die AP.

Das bestätigt die Darstellung des deutschen Anthropologen Adrian Zenz, der seit Jahren die Lage in Xinjiang untersucht und auf Basis geheimer Regierungsdokumente zum Schluss kam, dass das **chinesische Regime** umgerechnet Hunderte von Millionen Dollar in Massnahmen zur **Geburtenkontrolle** in der westlichen Provinz stecke. Diese habe sich deshalb von einer der am schnellsten wachsenden Regionen des Landes zu einer der am langsamsten wachsenden entwickelt.

Allein im Jahr 2019 sank die Geburtenrate in Xinjiang laut von der AP zitierten Statistiken um 24 Prozent, während es landesweit nur gut 4 Prozent waren. In den mehrheitlich uigurischen Bezirken Hotan und Kashgar brach die Geburtenrate zwischen 2015 und 2018 sogar um rund 80 Prozent ein. Derweil zitiert Zenz offizielle Dokumente, wonach sich die Zahl der **Sterilisierungen** in Xinjiang von

durchschnittlich 20 pro 100 000 Frauen jährlich zwischen 2010 und 2015 seither auf rund 250 pro 100 000 Frauen verzweifacht hat. Für eine juristische Qualifizierung als Völkermord ist jedoch auch erforderlich, dass solche Handlungen in der Absicht geschehen, eine Gruppe ganz oder teilweise auszulöschen. Wie schwierig ein solcher Nachweis ist, haben die Prozesse vor dem Jugoslawientribunal gezeigt. Trotz all den Kriegsverbrechen, die auf dem Balkan in den neunziger Jahren begangen worden waren, gelang er einzig für das Massaker von Srebrenica. Für Xinjiang sind bis jetzt keine Aussagen hoher Funktionäre bekannt, die auf eine Vernichtungsabsicht hindeuten.

Zudem betrieb Peking mit der Einkindpolitik über Jahrzehnte eine rigorose Geburtenkontrolle für das ganze Land – die allerdings 2015 aufgehoben wurde. Den Rückgang der Geburtenrate in Xinjiang erklärt das Regime mit staatlichen finanziellen Anreizen dafür, weniger Kinder zu haben, und einfacherem Zugang zu Verhütungsmitteln. Die Bevölkerungsgruppe der Uiguren sei zwischen 2010 und 2018 um 25 Prozent gewachsen, während jene der Han-Chinesen in der Provinz nur um 2 Prozent zugenommen habe.

Solange keine geheimen Dokumente oder Aussagen auftauchen, die auf einen konkreten Plan zur mindestens teilweisen Zerstörung der uigurischen Minderheit hindeuten, wird man kaum von einem Genozid im Sinn der Konvention sprechen können.

Erfüllt ist aber möglicherweise der breiter gefasste Tatbestand der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zu denen das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) diverse Handlungen zählt, die «im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung» ausgeführt werden, darunter Zwangssterilisierung und Freiheitsentzug. Wie der Völkermord zählen auch die Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Völkergewohnheitsrecht, es spielt also keine Rolle, dass China kein Vertragsstaat des ICC ist.

Die Bezeichnung Genozid erzeugt Erwartungsdruck

Die Genozid-Konvention ist für die USA nicht die einzige Richtschnur. Der Begriff «Völkermord» ist derart beladen und bringt eine solche moralische Verpflichtung zum Handeln mit sich, dass amerikanische Regierungen ihn nur zurückhaltend eingesetzt haben. Lediglich in fünf Fällen seit dem Zweiten Weltkrieg haben die USA eine solche Einstufung vorgenommen.

Die ersten beiden Male, während des Bosnienkriegs ab 1992 und beim Massenmord an den Tutsi in Rwanda im Jahr 1994, erfolgte die Festlegung nur unter öffentlichem Druck. Das Zögern hatte mit der Befürchtung zu tun, die USA könnten sich mit der Völkermord-Rhetorik selber unter Zugzwang setzen und zu einer militärischen Intervention gedrängt werden.

Als Genozid anerkannt haben die USA ausserdem den Giftgaseinsatz des Regimes von Saddam Hussein gegen die Kurden im Nordirak, die Massaker in der sudanesischen Region Darfur sowie die Verfolgung der Jesiden und weiterer

religiöser Minderheiten im irakisch-syrischen «Kalifat» der Terrorgruppe IS. Bis heute aber hat Washington beispielsweise die Massenvertreibung der Rohingya aus Burma nicht als Genozid eingestuft, sondern «nur» als «ethnische Säuberung».

Bei seiner Überprüfung der Genozid-Frage im Fall Xinjiang wird das amerikanische Außenministerium politische Faktoren abwägen. Ins Gewicht fällt, dass China im Unterschied zu den fünf Präzedenzfällen eine **Grossmacht** darstellt. Riskiert die Administration Biden eine Eskalation im Verhältnis mit Peking, wenn sie den Vorwurf des Völkermords erhebt? Engt sie damit ihren Spielraum ein, wenn sie auf Gebieten wie dem Klimaschutz konstruktive Verhandlungen mit China führen will? Kann Biden noch einen Dialog mit seinem Amtskollegen Xi Jinping führen, wenn dieser als Verantwortlicher für einen Völkermord gebrandmarkt wird?

Zu berücksichtigen hat Washington auch das Risiko, dass sich die Weltöffentlichkeit in Debatten über die Anwendbarkeit des Genozid-Begriffes verliert – obwohl ein Konsens über das Vorliegen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit einfacher herbeizuführen wäre. Ebenso bedeutsam sind innenpolitische Faktoren. Mit der Verwendung des Genozid-Begriffes im Wahlkampf 2020 hat sich Biden ein Stück weit bereits gebunden. Er muss sich gegenüber den oppositionellen Republikanern gegen den Vorwurf mangelnder Entschlossenheit im Umgang mit Peking absichern. Erheblich ist aber auch der Druck aus der eigenen Partei.

Direkte juristische Konsequenzen hat eine amerikanische Genozid-Deklaration nicht. Die Vertragsstaaten der Konvention verpflichten sich zwar, auf die Verhinderung und Ahndung solcher Verbrechen hinzuwirken, aber das ist eine vage Bestimmung. Die USA wären beispielsweise nicht verpflichtet, Anklage gegen chinesische Führungspersonen zu erheben. Aber der politische Erwartungsdruck, einen mit dem symbolbeladenen Genozid-Vorwurf in Einklang stehenden chinakritischen Kurs einzuschlagen, wäre zweifellos hoch. Eine Verschärfung der 2019 und 2020 verhängten Sanktionen gegen Behörden, Firmen und Führungsleute in Xinjiang läge nahe. Auftrieb erhielte auch die in den USA sehr aktive Boykottbewegung gegen die Olympischen Winterspiele in Peking 2022. Falls die Administration Biden den Genozid-Vorwurf bekräftigt, so täte sie gut daran, ihre Beweise – auch geheimdienstliche Erkenntnisse – der Öffentlichkeit zu präsentieren. Denn der Völkermord-Vorwurf wird zwangsläufig umstritten bleiben. Aus demselben Grund gilt es zu betonen, dass die Menschenrechtsverstöße in Xinjiang inakzeptabel sind – unabhängig davon, ob man sie als Genozid einstuft oder nicht. Es gibt gute Gründe, sie als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu betrachten. Sie zu stoppen, erfordert eine **entschlossene Haltung des Auslands** und **Druck auf die Führung Chinas**.

Der ehemalige Außenminister der USA hat von einem Genozid, im Fall der Uiguren gesprochen. Der Begriff Völkermord ist scharf juristisch definiert. Hierbei handelt es sich um Taten gegen eine nationale, ethnische oder religiöse Gruppe, mit dem Ziel diese ganz oder teilweise zu zerstören. Ebenfalls dem Völkermord zugeordnet,

werden das Zufügen schwerer seelischer oder Körperlicher Schäden und Maßnahmen zur Geburtenkontrolle oder Geburtenverhinderung. Es gab Maßnahmen zur Geburtenkontrolle, aber es ist schwer nachzuweisen, ob China das Ziel hat die Uiguren ganz oder teilweise auszulöschen.

Eigene Positionierung:

Sollte Europa wegen den Menschenrechtsverletzungen in China eingreifen?

China ist eine Weltmacht. Die Wirtschaft entwickelt sich schneller als irgendwo sonst auf der Welt. Jedes Jahr exportieren und importieren wir immer mehr Produkte. China ist unser wichtigster Wirtschaftspartner. Mit öffentlicher Kritik, können wir der Beziehung sehr schaden. Vor allem Sanktionen, hätten erhebliche Folgen für unsere Wirtschaft.

Trotzdem, sollte Europa als Gemeinschaft den Druck auf China erhöhen. Alle 27 Länder, sollten gemeinsam mit China über mögliche Konsequenzen reden. Wenn China die Menschenrechtsverletzungen weiterhin leugnet, sollten Konsequenzen folgen, z.B. Sanktionen. Die Sanktionierten und deren Angehörige, dürften dann nicht mehr in europäische Länder einreisen, ihnen würden keine wirtschaftlichen Ressourcen mehr zur Verfügung gestellt werden und ihr Vermögen würde eingefroren werden.

Unter anderem kann Europa Firmen verpflichten, keine Zwangsarbeit der Uiguren zu akzeptieren. Und gegebenenfalls sollte Europa einen Importstopp für Produkte, die in Xinjiang hergestellt wurden, verhängen. Zulieferer für die größten Technologie-, Bekleidungs- und Automobilhersteller sind betroffen. Darunter Konzerne wie H&M, Apple, BMW oder Nike. Konzerne die bewiesenermaßen zur Unterdrückung der Uiguren beitragen, zum Beispiel mit Hilfe von Gesichtserkennungssoftwares, sollen bestraft werden.

Europa sollte sich in jeder Hinsicht von China distanzieren. Ein Beispiel sind die olympischen Winterspiele in Peking 2022. Natürlich sind Politik und Sport verschiedene Themen. Aber ein Land zu unterstützen, dass eine Minderheit gefangen hält, zur Arbeit zwingt, foltern lässt und sexuell missbrauchen lässt, wäre unverantwortlich.

Weiterhin sollte Europa mit der Türkei verhandeln, sodass die dort lebenden Uiguren in Sicherheit leben können.

Wenn Europa und andere Länder den Menschenrechtsverletzungen in China nicht entgegenwirken, sind Jahrzehnte des Fortschrittes bei den Menschenrechten in Gefahr

Meiner Meinung nach, sollte Europa die humanitären Interessen vor die wirtschaftlichen stellen und mit gutem Beispiel vorangehen. Trotz der Folgen, haben wir die Pflicht uns für die Menschen einzusetzen, die es nicht selber für sich können.

Bauman, Meret; Rüesch Andres: Die USA werfen China ein Genozid an den Uiguren vor- zu Recht? 12.3. 2021, <https://www.nzz.ch/international/usa-china-der-vorwurf-eines-genozids-an-den-uiguren-ist-heikel-ld.1605500>

Emke, Carolin, Verbrechen ohne Echo: 12.3. 2021, <https://www.sueddeutsche.de/meinung/china-uiguren-1.5233927>

Güsten, Susanne; Kirchner, Ruth: Ankara in der Klemme, 8.3. 2021, https://www.deutschlandfunk.de/uiguren-in-der-tuerkei-ankara-in-der-klemme.724.de.html?dram:article_id=493760

Schalamon, Stella; Stephanowitz, Johann: Chinesische Regierung kritisiert die USA für "Einmischung", 7.3. 2021, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-03/us-aussenpolitik-china-taiwan-beziehung-diplomatie-wang-yi>

Schmale, Holger: Gefängnis, Zwangsarbeit und Unterdrückung in Xinjiang, 8.3. 2021, <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/gefaengnis-zwangsarbeit-und-unterdruecking-in-xinjiang-li.144564?pid=true>

Schmale, Holger: Das irritierende deutsche schweigen zu Chinas Unterdrückung der Uiguren, 10.3. 2021, <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/die-bundesregierung-li.144907>

Bild: China begeht Völkermord im eigenen Land, 9.3. 2021, <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/bericht-zu-uiguren-belegt-china-begeht-voelkermord-im-eigenen-land-75673060.bild.html>

IslamQ: Kamera Software in China soll Uiguren erkennen, 10.3. 2021, <https://www.islamiq.de/2020/12/10/kamera-software-in-china-soll-uiguren-erkennen/>

Nau.ch: Aussenminister weist Vorwurf des «Völkermords» in Xinjiang zurück, 7.3. 2021, <https://www.nau.ch/news/china/aussenminister-weist-vorwurf-des-volkermords-in-xinjiang-zuruck-65883299>

Der Standard: Unabhängiger Bericht spricht von chinesischem Genozid an Uiguren, 9.3. 2021, <https://www.derstandard.de/story/2000124779861/unabhaengiger-bericht-spricht-von-chinesischem-genozid-an-uiguren>